

Bericht über den aktuellen Stand der Strategie-Umsetzung „FDP Bildungspolitik“ im Kanton Thurgau

1. Wichtige Entwicklungen im Bildungsbereich seit 2006

Fremdsprachen

Im Mai 2006 wurde eine vor allem von der SVP unterstützte Volksinitiative für nur eine Fremdsprache in der Primarschule abgelehnt. Frühenglisch mit Beginn in der 3. Klasse wird daher mit dem Schuljahranfang 2009/2010 eingeführt. Frühfranzösisch beginnt wie bisher mit der 5. Klasse.

Volksschulgesetz

Am 01.01.2008 trat ein neues Volksschulgesetz (ohne Referendum) in Kraft. Dieses erklärt den zweijährigen Kindergarten obligatorisch und legt fest, dass Kinder, die am 31.07. das vierte Lebensjahr abgeschlossen haben, im kommenden Schuljahr den Kindergarten besuchen. In begründeten Fällen sind Ausnahmen möglich. Die Primarschule dauert sechs Jahre, die Sekundarschule (Oberstufe) drei Jahre.

HarmoS

Der Grosse Rat beschloss gegen Ende 2007 mit den Stimmen der SVP einstimmig den Beitritt zum Konkordat. Im Frühjahr 2008 kam eine von einem überparteilichen Komitee (ohne offizielle Unterstützung der SVP) lancierte Initiative gegen diesen Beschluss innert kürzester Zeit zustande. Der Abstimmungstermin ist noch nicht festgelegt. Da das Volksschulgesetz aber bereits in Kraft ist, bleibt die Initiative vorläufig ohne Wirkung.

Blockzeiten

Im April 2008 verabschiedete der Regierungsrat eine Botschaft zur Änderung des Gesetzes über die Volksschule, welche die Einführung von obligatorischen Blockzeiten auf Kindergarten- und Primarschulstufe vorsieht. Der Grosse Rat soll das Geschäft noch dieses Jahr behandeln.

Geleitete Schulen

Bereits verfügen $\frac{3}{4}$ aller Volksschulen über eine Schulleitung. Das Projekt soll 2009 abgeschlossen sein.

1.6. Reform der Oberstufe

Bis 2009 müssen alle Sekundarschulen auf das Modell mit den beiden Leistungszügen grundlegende Anforderungen (Typ G) und erweiterte Anforderungen (Typ E) umstellen. Niveauunterricht ist mindestens in

Mathematik und in einer Fremdsprache anzubieten. Die meisten Schulen haben die Umstellung bereits vollzogen.

1.7. Basisstufe

In sieben Abteilungen laufen im Rahmen eines Projektes der EDK-Ost Versuche mit der Basisstufe. Diese sollen 2010 abgeschlossen werden.

1.8. Begabtenförderung

An Stelle der Fördertage in Frauenfeld und Amriswil trat eine integrative Förderung hochbegabter Kinder in den Schulgemeinden. Angestrebt wird damit eine breite Begabungsförderung aller Kinder, von den schwächeren bis zu den hochbegabten oder besonders leistungswilligen. Zur Begabtenförderung lassen sich auch die Angebote einzelner Schulgemeinden in den Bereichen Sport und Kunst zählen. Sportklassen gibt es in Amriswil, Bürglen und Erlen; Musikklassen in Kreuzlingen und Weinfelden.

1.9. Leistungsmessung

Gemäss geltendem Reglement sind die Leistungen in der Primarschule am Ende des Schuljahres und in der Sekundarschule am Ende jedes Semesters in einem Zeugnis festzuhalten. Im Regelfall erfolgt dies mit Noten (6 – 1), in der 1. und 2. Klasse kann die Beurteilung in Worten ausgedrückt werden. Für jeden Schüler ist pro Jahr eine umfassende Standortbestimmung vorzunehmen und mit den Eltern zu besprechen. Ein einheitliches kantonales Zeugnis muss ab Schuljahr 2008/2009 von allen Schulen eingesetzt werden.

In der Primarschule gibt es das Projekt „Cockpit“, das mittels standardisierter Prüfungen Quervergleiche zwischen den Klassen erlaubt. Immer mehr Lehrkräfte machen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Eine webbasierte Kompetenzmessung zur Standortbestimmung wird im Frühjahr 2008 erstmals flächendeckend im 8. Schuljahr durchgeführt (Projekt „Stellwerk 8“).

1.10. Sprachunterrichtsangebote

Anfangs 2007 gab das Amt für Volksschule „Empfehlungen für den DaZ-Unterricht“ (Deutsch als Zweitsprache) heraus. Dieser Unterricht ist vom Kindergarten bis zur Sekundarschule möglich und soll helfen, fremdsprachige Kinder schnell in die Regelklassen integrieren zu können. In vielen Schulgemeinden findet solcher Unterricht heute bereits statt.

1.11. Familienergänzende Kinderbetreuung

Seit 2004 gibt es ein Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung. Zuständig sind die politischen Gemeinden. Diese erheben den Bedarf. Falls ein solcher vorhanden ist, fördern sie die Schaffung und den Betrieb der entsprechenden Angebote. Das Gesetz zeigt Wirkung. Jedes Jahr werden neue Angebote geschaffen, und zwar auch in kleineren und ländlichen Gemeinden.

2. Rolle der FDP

Die FDP verfügt über eine ständige und aktive Arbeitsgruppe „Bildung und Kultur“, der Vertreter aller Schulstufen und Schulbereiche angehören. Die FDP Fraktion des Grossen Rates ist darin gegenwärtig mit drei Mitgliedern vertreten. Die Arbeitsgruppe verfolgt die kantonale Bildungspolitik aufmerksam und entwirft die Zielsetzungen der Kantonalpartei sowie die Vernehmlassungsantworten zu Händen der Parteileitung. Alle unter Punkt 1 aufgelisteten Reformen wurden von der Partei unterstützt, zum Teil sogar mittels der Vernehmlassungen erheblich mitgestaltet. So präsidierte etwa eine FDP Kantonsrätin das Komitee gegen die Fremdspracheninitiative. Ein wichtiges Anliegen der Fraktion ist es, dass das Geld in erster Linie für die „Front“ und nicht für die Verwaltung ausgegeben wird. Ihre Vorstösse in dieser Richtung zeitigten bereits auch Wirkung.

3. Mustervorstösse

Da die Zielsetzungen der Mustervorstösse im Kanton bereits erreicht sind (siehe Punkt 1) oder sich mindestens auf dem Weg der Verwirklichung befinden, wurden keine Mustervorstösse eingereicht. Die im Strategiepapier erwähnte Initiierung von Pilotprojekten zur Einführung der freien Schulwahl auf Gymnasialstufe ist kein Thema, da diese seit Jahrzehnten bereits verwirklicht ist. Die Schulen bzw. der Kanton greift nur ein, wenn durch Schülerumteilungen die Klassenzahl reduziert werden kann. Von dieser Möglichkeit muss aber nur ganz selten Gebrauch gemacht werden.

4. Neue Probleme

4.1. Referendum gegen den Beitritt zu HarmoS

Die FDP wird sich zweifellos gegen das Referendum stellen und sich weiterhin engagiert für den Beitritt zum Konkordat einsetzen.

4.2. Gesetz über die Beitragsleistungen an die Schulgemeinden

Ziel des Gesetzes ist eine finanzielle Entlastung der Schulgemeinden. Diskutiert wird wohl die Frage, wie weit diese gehen soll und wer dafür aufkommen soll (Kanton, gut situierte Schulgemeinden). Gegenwärtig läuft die Vernehmlassung. Die Arbeitsgruppe „Bildung und Kultur“ erstellt in Zusammenarbeit mit der Fraktion einen Entwurf.

Sonderpädagogisches Angebot

Wegen der Neuregelung des Finanzausgleiches des Bundes sind seit dem 01.01.2008 die Kantone umfassend für die Sonderschulung zuständig. Der Kanton arbeitet daher an einem Konzept für das sonderpädagogische Angebot und bereitet ein diesbezügliches Gesetz vor. Angestrebt wird eine weitgehende Integration der Kinder mit besonderen Bedürfnissen in die Regelklassen. Wie weit dies möglich ist, wird wohl noch einiges zu reden geben. Die Schulgemeinden sollen nach heutigem Stand den Zeitpunkt der Einführung selber bestimmen können.

Freie Schulwahl

Die Arbeitsgruppe lehnt eine freie Schulwahl ab, auch zwischen staatlichen Schulen. Die Haltung der Partei in dieser Frage ist offen, dürfte aber eher ebenfalls ablehnend sein. Die Elternlobby Schweiz hat auch im Thurgau einen Stützpunkt und kündigte bereits eine Unterschriftensammlung für eine entsprechende Initiative an.

5. Problem Jugendgewalt

Auch der Thurgau kennt das Problem der Jugendgewalt. Ob es sich dabei um ein „gravierendes“ Problem handelt, ist nicht einfach zu entscheiden, ist dies doch auch eine Frage der Definition. Jedenfalls haben der Kanton und grössere Schulgemeinden Institutionen geschaffen, die präventiv wirken sollen oder bei besonderen Vorfällen eingreifen können. So haben einzelne Gemeinden Schulsozialarbeiter eingestellt und der Kanton bietet neben der Schulberatung eine professionelle „Taskforce“ an, die bei schwerwiegenden Vorkommnissen angefordert werden kann. Seit kurzem gibt es im Kanton drei sogenannte „Time-out“ Klassen, die Schülerinnen und Schüler sofort aufnehmen, welche in ihren Stammklassen untragbar und deshalb von der Schule weggewiesen wurden. Die Erfahrungen damit sind positiv, standen doch solche Kinder früher buchstäblich „auf der Strasse“, was die Situation ja meist noch weiter verschlechterte.

6. Vergleich von Leistungen der Schulen

Siehe Punkt 1.9. Die Qualitätssicherung ist eng mit der Einführung der Schulleitungen verbunden. Es werden daher lokale Qualitätskonzepte erarbeitet, die durch die Schulaufsichten bzw. durch die kantonale Schulevaluation überprüft werden.

7. FDP- Exponenten zur Profilierung der FDP Bildungspolitik

Über die Kantonsgrenzen hinaus bekannte FDP-Exponenten im Bildungsbereich gibt es keine. Leider befindet sich das Departement für Erziehung und Kultur seit mehr als fünfzehn Jahren meist in den Händen der SVP. Im Kanton sind Dr. Hans Munz (Fraktionschef), Kantonsrätin Gabi Badertscher und Kantonsrätin Ruth Mettler in der Bildungspolitik besonders engagiert.

8583 Götighofen, 26. Mai 2008

Arbeitsgruppe „Bildung und Kultur“
Der Präsident

Dr. Hans Weber